

Deutschland auf dem Weg nach Europa

- The European Monetary Union, a German Point of View -

Diskussionsbeitrag

von

Dr. Guntram Palm

**Präsident der Landeszentralbank in
Baden-Württemberg**

Stuttgart

16.03.1995

Voranstellen möchte ich meinen Darlegungen - allen derzeitigen Diskussionen, Einschränkungen und Rückziehern zum Trotz - ein deutliches "Ja" zu Europa, ein "Ja" zur Währungsunion und auch ein "Ja" zu einer konstruktiven Beitrittsperspektive der osteuropäischen Reformstaaten vor dem "Sankt-Nimmerleins-Tag".

Mein "Ja" ist allerdings kein unkonditioniertes "Ja".

So macht jede Erweiterung der Union über den jetzigen Stand hinaus strukturelle und institutionelle Reformschritte notwendig. Denn daß eine substantielle "Osterweiterung" die bisherigen Strukturen und Entscheidungsprozeduren der EU überfordern würde, kann nicht bestritten werden. Bis zur Maastricht-Nachfolgekonferenz im Jahr 1996 sollten erfolgversprechende Empfehlungen ausgehandelt und unrealistische Ansätze ausgesondert worden sein.

Dabei ist das Endziel einer Politischen Union für Europa von existenzieller Bedeutung; existenziell, weil in zahlreichen zentralen Politikfeldern sinnvolle Lösungen auf nationaler Ebene nicht mehr möglich sind bzw. die im Alleingang realisierbaren Maßnahmen weitgehend wirkungslos bleiben.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist aus meiner Sicht dabei die Außen- und Sicherheitspolitik. Die Tragödien im ehemaligen Jugoslawien, in Armenien, Georgien und Tschechien, aber auch die - teilweise noch unter der Oberfläche brodelnden - Konflikte zwischen anderen Völkern der ehemaligen UdSSR führen uns drastisch vor Augen, wie unabdingbar notwendig gerade heute eine verstärkte europäische Zusammenarbeit ist.

Insbesondere die widersprüchliche und nicht abgestimmte Vorgehensweise der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten im Kroatien- und Bosnien-Konflikt gibt, was die Zukunft angeht, durchaus zu Befürchtungen Anlaß. Auch die weitgehende Abstinenz vieler europäischer Partner beim Umbau der einstigen RGW-Staaten, insbesondere der heutigen GUS-Länder, zeugt nicht unbedingt von politischer Weitsicht. (West-)Europa muß zukünftig gemeinsame außen- und sicherheitspolitische sowie militärisch-strategische Ziele formulieren, in Verhandlungen mit einer Stimme sprechen und ganz generell nach außen einvernehmlich handeln. Dazu bedarf es jedoch effektiver politischer Institutionen.

Zudem halte ich die Währungsunion ohne einen politischen Über- und Unterbau längerfristig kaum für stabil. Nur wenn in absehbarer Zeit die Politische Union realisiert wird, wird die gemeinsame Währung die dauerhafte ökonomische Stabilitätszone in Europa ermöglichen, die wir alle anstreben. So ist eine gemeinsame Geld- und Währungspolitik auf Dauer einfach nicht mit divergierenden Finanzpolitiken in den einzelnen Staaten vereinbar. Eine stabile Währung bedingt eben in erster Linie auch solide öffentliche Finanzen. Ansonsten wäre die Europäische Union über kurz oder lang vor eine Zerreißprobe gestellt.

Die Währungsunion macht also letztlich nur Sinn, wenn man sie als Etappe auf dem Weg in eine umfassende und gleichzeitig subsidiär ausgerichtete Politische Union begreift. Bleibt

man an dieser wichtigen Stufe hängen, sind m.E. auch die Chancen einer Integration auf anderen Gebieten nur gering.

Von vielen Kritikern wird geäußert, daß der Weg über die Währungsunion zur Politischen Union ein gefährlicher "Umweg" sei, sachlich gerechtfertigt und logisch folgerichtig sei die umgekehrte Reihenfolge, um die erwähnten Divergenzen soweit als möglich in Grenzen zu halten. Viele Aspekte sprechen in der Tat für diese These: Politische Union vor Währungsunion. Dieser geradlinige Weg stützt sich auf die rein ökonomische bzw. systemtheoretische Argumentation, die allerdings zu kurz greifen kann. Denn die in den Maastrichter Verträgen vorgezeichnete Entwicklung war angesichts der realen politischen Verhältnisse zu Beginn der 90er Jahre die einzige erfolversprechende, weil mehrheitsfähige Option. Nicht zu unterschätzende Risiken sind jedoch vorhanden.

Im Maastrichter Vertrag wurden deshalb sachgerecht Prüfstelne der Stabilitätskonvergenz für die Eintrittskandidaten festgeschrieben. Die gleichfalls angeführten Terminvorgaben sind dabei eher als Orientierungsdaten denn als absolute zeitliche Grenzwerte aufzufassen. Stattdessen ist auf das entschiedenste darauf zu achten, daß die beitretenden Länder die Konvergenzkriterien erfüllen. Denn das Ziel ist nicht eine gemeinsame Währung an sich, sondern eine wertstabile gemeinsame Währung.

In letzter Zeit mehren sich Stimmen, die in der einen oder anderen Richtung ein "Aufweichen" der Konvergenzkriterien fordern. Dieses Verlangen muß auf unsere entschiedene Ablehnung stoßen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 ist dabei richtungswesend. Hier wird der Erfüllung der Kriterien ein eindeutiger Vorrang vor den im Maastricht-Vertrag genannten Terminen gegeben.

Gerade die Ausführungen zu den Verschuldungskriterien im Maastricht-Vertrag sind allerdings etwas vage. Insofern ist die Forderung nach dem eindeutigen Vorrang der Kriterien vor irgendwelchen Terminvorgaben zwar völlig richtig, andererseits jedoch etwas zu kurz gegriffen. Hinzukommen muß eine strikt am Stabilitätsgrundsatz ausgerichtete Auslegung und Interpretation der erwähnten Ausnahmetatbestände. Ich bin ein guter Europäer, doch ich will Europa nicht um jeden Preis. Eine Verwässerung der Kriterien im Sinne einer nicht stabilitätsorientierten Auslegung darf es nicht geben. Dafür muß intensiv gestritten werden!

Für unnötig halte ich allerdings die derzeitige Diskussion über den wahrscheinlichsten, frühestmöglichen bzw. anzustrebenden Termin der 3. Stufe. Es ist völlig unfruchtbar und unnötig, schon heute bestimmte Termine auszuschließen, andere wiederum zu

propagieren. Entscheidend muß die Erfüllung der strikt angewendeten Stabilitätsbedingungen sein. Falls diese eben bereits 1997 oder 1998 von einer Mehrheit erfüllt werden sollten, um so besser! Weshalb sollten wir in diesem Fall nicht mit der Währungsunion beginnen?

Ein kurzer Blick auf den derzeitigen Stand der Konvergenz zeigt uns jedoch, insbesondere im Hinblick auf die Verschuldungsquoten, ein eher düsteres Bild. So haben 1994 nur Luxemburg und Deutschland - wir allerdings nur knapp - sowohl das Defizit- als auch das Schuldenstandskriterium eingehalten und sind damit bei strikter Auslegung als einzige "reif" für die Währungsunion. Eine Intensivierung der Konsolidierungsanstrengungen in den öffentlichen Haushalten - auch in Deutschland - bleibt deshalb gegenwärtig die zentrale Aufgabe der Union.

Für wichtiger als die Termindiskussion halte ich die Namensgebung, den Namen der zukünftigen gemeinsamen Währung, wenngleich sich die Stabilität bzw. Instabilität der 3. Stufe daran letztlich nicht entscheiden wird. Dennoch - psychologische Aspekte dürfen bei Währungsfragen, insbesondere bei Einführung einer völlig neuen Währung, die von einer bis dahin nicht existenten Zentralbank emittiert wird, nicht unterschätzt werden.

Gerade in Deutschland regt sich in jüngster Zeit erheblicher Widerstand. "ECU" sei nur ein Arbeitstitel, eben die Abkürzung für "European Currency Unit", mithin sei die endgültige Bezeichnung noch völlig offen. Hintergrund für die ablehnende Haltung vieler Deutscher ist die geringe Stabilität der bisherigen Korbwährung "ECU". Seit 1975 hat sie fast 40 % ihres Wertes gegenüber der D-Mark eingebüßt. Um das Vertrauen in die zukünftige Währung nicht von vornherein zu belasten, wäre eine alternative Benennung durchaus sinnvoll.

Das Infragestellen der Bezeichnung "ECU" ist nicht nur aus diesem Grund berechtigt. Vielmehr wird die heutige "Korb-ECU" mit der zukünftigen gemeinsamen Währung nichts gemein haben außer - voraussichtlich - den Kurswert am Tag der Umstellung. Insofern sind "unbelastete" Bezeichnungen wie Euro-Taler, Euro-Franken oder Euro-Gulden echte Alternativen.

Entscheidend ist aus meiner Sicht, daß die zukünftige EZB mit einem großen Glaubwürdigkeitskapitalstock wird starten können. Ein großer Teil wird dabei auch von einer weiterhin erfolgreichen deutschen Geldpolitik abhängen. Deshalb werden wir im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank konsequent an unserer Stabilitätspolitik festhalten.